

Verleihung des Wolfram-Engels-Preises: Reformvorbild auch für Deutschland



Preisübergabe: US-Gesundheitsminister Tommy G. Thompson wurde von Prof. Dr. h.c. mult. Roland Berger der Wolfram-Engels-Preis überreicht.

Für sein mutiges und wegweisendes Reformprojekt „Wisconsin Works“ erhielt US-Gesundheitsminister Tommy G. Thompson den Wolfram-Engels-Preis „Mensch und Markt“. Diesen verleihen die Stiftung Marktwirtschaft und die Kölner Informa-Stiftung gemeinsam. In seiner Zeit als Gouverneur des US-Bundesstaates hat Thompson die Sozialhilfe-Initiative „Wisconsin Works“ ins Leben gerufen. Sie funktioniert nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“: Sozialhilfeempfänger erhalten Beratung und Unterstützung bei der Arbeitssuche, müssen zugleich aber auch bereit sein, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Mit der Verleihung des Preises verknüpft die Jury unter Leitung von

„Auch
Deutschland kann
von diesem Mut zu
Veränderung und
Reformen lernen“

(Juryvorsitzender
Prof. Dr. h.c. mult.
Roland Berger)

Roland Berger die Hoffnung, auch für die Reformdiskussion in Deutschland Impulse zu setzen: „Minister Thompson hat mit seinem Wisconsin-Modell in den Vereinigten Staaten beispielhaft gezeigt, wie in der heutigen Zeit innovative und zukunftsweisende, aber auch wirtschaftspolitisch und menschlich sinnvolle Reformen von sozialen Sicherungsmodellen entwickelt und umgesetzt werden können. Dadurch steht Minister Thompson eine Vorbildfunktion in dem zu, wie Soziale Marktwirtschaft heute verstanden werden muß – nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in vielen anderen Nationen dieser Welt. Auch Deutschland kann von diesem Mut zu Veränderung und Reformen lernen.“

Veranstaltungsbericht auf S. 6

Blickwinkel

Augenblick (S. 2)

Deutschland heute: Mut zum Markt, auch bei den Architekten!

Durchblick (S. 3)

Schwerpunkte unserer Arbeit: Die Krise könnte helfen, den Einfluß von Lobbies in Deutschland zu verringern.

Einblick (S. 4)

Stiftung Marktwirtschaft intern: Auf der traditionellen Gremiensitzung sprach Angela Merkel.

Überblick (S. 5)

Konzepte und Analysen: In Europa droht die Gefahr einer weiteren Zentralisierung.

Rückblick (S. 6, 7)

Tagungen und Veranstaltungen: Berichte zur Verleihung des Wolfram-Engels-Preises und zum Gesundheitssymposium.

Die unglaubliche Geschichte (S. 7)

Kleinklein: Die Europäische Union fördert auch Stadtteile.

Ausblick (S. 8)

Projekte in Vorbereitung: Expertise zur Komitologie, dem Ausschußwesen in der Europäischen Union.

Seitenblick (S. 2 - 8)

Im Spiegel der Presse: Projekte und Stellungnahmen der Stiftung.

Seitenblick**Financial Times****Deutschland:****Gastkommentar zu
Architekten-Honoraren**

Im aktuellen Machtkampf zwischen Bundeswirtschaftsminister Clement und den Architekten- und Ingenieurskammern um die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure unterstützte Dr. Lüder Gerken in seinem Beitrag vom 4. Juni den Minister gegen die Interessenverbände. Die Aufhebung des „staatlichen Preisdiktats“ sei volkswirtschaftlich dringend geboten.

Handelsblatt:**Gastkommentar
zur Abgeltungssteuer**

„Vertrauen ade“ lautete der Titel des Handelsblatt-Kommentars von Dr. Lüder Gerken, in dem er dafür plädierte, die Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge wie geplant einzuführen. Zwar begünstige dies vordergründig die reicheren Bürger. Tatsächlich profitierten aber alle, insbesondere wenn es gelinge, Fluchtkapital in die Legalität zurückzuführen. In der Badischen Zeitung vom 24. Mai warnte Gerken davor, die Abgeltungssteuer einem politischen Kuhhandel mit den SPD-Linken zu opfern.

Badische Zeitung:**Gastkommentare
gegen Privilegien-Staat**

Für den Abbau von Subventionen und Privilegien warb Dr. Lüder Gerken in zwei Beiträgen in der Badischen Zeitung. „Deutschland darf nicht im Morast der Reformunfähigkeit versinken“, warnte er in seinem Beitrag vom 26. April.

Im Beitrag vom 21. Juni forderte er Regierung und Opposition auf, nicht länger ihre jeweilige Klientele zu schützen, sondern im Interesse des Gemeinwohls sämtliche Privilegien auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite abzubauen.

**Mehr Mut zum Markt —
auch bei den Architekten!**

Nicht nur die Gewerkschaften, auch andere Verbände haben es in Deutschland geschafft, Sonderrechte zu erlangen und ihre Mitglieder vor dem Wettbewerb zu schützen. Von der Öffentlichkeit wenig bemerkt, will Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement nun eine dieser überflüssigen und schädlichen Regulierungen, die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), abschaffen – und stößt prompt auf den erbitterten Widerstand der Betroffenen und ihrer Verbände. Aus marktwirtschaftlicher Perspektive kann man ihn bei dieser Frage jedoch nur unterstützen. Denn die HOAI legt gesetzlich die Preise für bestimmte Leistungen fest und sichert so Mindesthonorare, die Architekten und Ingenieure bei freier Preisbildung im Markt nicht erzielen könnten. Entsprechend würden die Preise bei einer Abschaffung der HOAI sinken, ineffiziente Anbieter würden vom Markt verdrängt. Es ist daher nur verständlich, daß die Betroffenen sich dagegen wehren.

Doch mit dem Argument, bei freier Preisgestaltung sei die Existenz einzelner Anbieter bedroht, könnte man auch in anderen Branchen staatliche Preissetzung einführen. Sicher wären auch die Bäcker, die Kinobetreiber oder die Friseure froh darüber, mittels staatlicher Mindestpreise ein höheres Einkommen erzielen und sich des Wettbewerbsdrucks entledigen zu können. Spätestens seit dem wirtschaftlichen Niedergang der sozialistischen Staaten wurde allerdings deutlich, wie wichtig freie Preisbildung ist. Erst durch die Preisdifferenzierung wird es lohnend, qualitativ hochwertige Leistungen anzubieten. Außerdem zeigt der Preis als Knappheitsindikator an, welche Leistungen in zu großer und welche in zu geringer Menge angeboten werden. Wird diese Lenkungswirkung ausgeschaltet, kommt es zu Fehlallokationen.

Diese Argumente gelten auch für die Leistungen von Architekten und Ingenieuren. Bauherren können bei



unterschiedlichen Preisen leichter abschätzen, bei welchem Anbieter sie eine hochwertige Leistung erwarten können. Insgesamt können sie mit sinkenden Preisen und stärkerer Qualitätsorientierung rechnen, wenn die einzelnen Büros im Wettbewerb stehen. Bauen wird dadurch billiger.

Verrücktes System

Blickt man auf das gesamte Spektrum der staatlichen Eingriffe im Bausektor, zeigt sich, in welchem verrücktem System wir leben: Auf der einen Seite wird zum Schutz der Anbieter ein überhöhter Preis festgesetzt, auf der anderen Seite subventioniert der Staat das Bauen, damit es nicht nur für Reiche erschwinglich ist. Wir sollten beides beenden und endlich auch im Baubereich die Marktwirtschaft ihre positiven Wirkungen entfalten lassen.

Daher die Aufforderung an die Opposition: Sie sollte der Versuchung widerstehen, sich im Bundesrat vor den Karren der Kammer-Lobbyisten spannen zu lassen. Denn nur mit mehr Wettbewerb kann Deutschland der anhaltenden Stagnation entkommen.

**Lüder Gerken, Vorstand
der Stiftung Marktwirtschaft**

Lobbies ade?!?

Die positive Seite der Wirtschaftskrise

Lobbyisten weht zur Zeit ein scharfer Wind ins Gesicht. Politiker und Journalisten fragen vermehrt bei der Stiftung Marktwirtschaft nach Möglichkeiten, wie der Einfluß der Interessenvertreter zurückgedrängt werden kann.

Das Unwesen, Kommissionen mit Interessenvertretern zu besetzen und anschließend deren Ergebnisse fast ohne weitere Diskussion im Parlament umzusetzen, wird in der Öffentlichkeit zunehmend kritisiert. Wesentlich deutlicher als früher wird benannt, welche Partei welche Interessengruppen unterstützt. Dies schwächt die alten Bande zwischen Politik und Lobbies, die wesentlich darauf beruhten, daß sich die Partikularinteressen hinter angeblich gemeinwohl-orientierten politischen Forderungen verstecken konnten.

Klientelpolitik allerorten

Deshalb leiden die Beziehungen zwischen SPD und Gewerkschaften. Im Rahmen der Arbeitsmarktreformen wurde auch die Klientelpolitik der Grünen für die Anbieter von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen aufgedeckt. CDU, CSU und FDP ringen schwer um ihre Positionen bei der Reform der Handwerksordnung, beim Subventionsabbau und bei der Gesundheitsreform, weil davon einige ihrer Interessengruppen berührt würden.

Hintergrund dieser Entwicklung ist die wirtschaftliche Krise. Je länger sie andauert und je tiefer sie ist, desto größer wird der Druck auf die Lobbyisten. Denn die steigende Arbeitslosigkeit und die düsteren Zukunftsaussichten machen deutlich, daß der Preis für das Nachgeben gegenüber den Partikularinteressen zu hoch ist. Die Angst vor der ökonomischen Zukunft läßt die Menschen kritisch werden gegenüber den überkommenen Programmen von Parteien, die sich stärker an den verschiedenen Klientelinteressen orientieren als am Gemeinwohl.

So sorgt die schwierige wirtschaftliche Lage dafür, daß sich das Verhältnis zwischen Parteien und Interessengruppen umkehrt: Statt wie früher ungestraft Sprachrohr der Lobbies zu sein, werden die Parteien von den Bürgern zunehmend danach bewertet, ob sie ihre Interessengruppen in die Pflicht nehmen und so marktwirtschaftlichen Reformen zu einer Mehrheit in Bundestag und Bundesrat verhelfen.

Wenn die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme dazu führen, daß der Lobbyismus nicht nur vorübergehend in die Defensive gerät und sich dadurch die den Interessengruppen vom Staat gewährten Privilegien nachhaltig abbauen lassen, dann hat diese Krise auch ihr Gutes.

Seitenblick

Fernsehsender ARTE: Interview zur Wirtschaftsethik

Ursachen und Folgen der jüngsten Bilanzskandale waren Thema eines Interviews von Dr. Lüder Gerken im deutsch-französischen Fernsehsender Arte am 7. Juni 2003 im „Forum der Europäer“. Gefragt war, ob die Häufung der Bilanzfälschungen mit einem Verfall der Wirtschaftsethik, mit der schwierigen Lage oder gar mit der marktwirtschaftlichen Ordnung selbst zusammenhänge. Gerken machte deutlich, daß Kriminalität in jeder Wirtschaftsordnung auftritt. Im Hinblick auf Wirtschaftskriminalität wies er auf die Bedeutung geeigneter Regeln für den unternehmerischen Wettbewerb hin.

Münsterländische Tageszeitung: Gerken spricht bei FDP-Klausurtagung

„Hochkarätige Experten zu Gast in Huckelrieden“ - unter diesem Titel berichtete die „Münsterländische Tageszeitung“ über das Referat von Dr. Lüder Gerken bei der Tagung des Arbeitskreises „Wirtschaft und Finanzen“ der FDP-Fraktion. Gerken beleuchtete dort den „Verfall des ordnungspolitischen Denkens in Deutschland“ (16. Juni 2003).

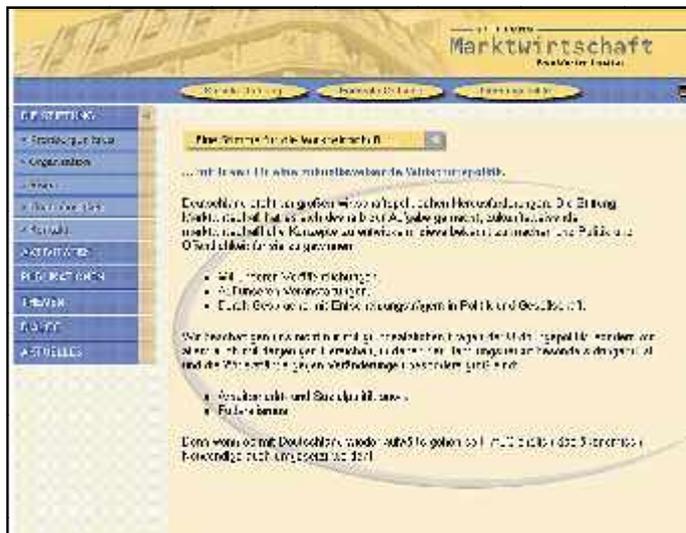
Neue Gestaltung: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Seit Anfang Juli ist die Stiftung Marktwirtschaft mit einem neuen Internetauftritt im World Wide Web präsent. Ziel der Neugestaltung war vor allem die Umsetzung der neuen Außen- und Innenpolitik der Stiftung und eine stärkere Orientierung an den Bedürfnissen verschiedener Nutzergruppen:

Politische Entscheidungsträger wollen sich schnell einen Überblick über Arbeitsbereiche, Ausrichtung und Angebote der Stiftung verschaffen. Wissenschaftler und Journalisten suchen in der Regel gezielt nach wirtschaftspolitischen Informationen, benötigen also einen schnellen themenorientierten Zugang zu den Publikationen der Stiftung und ihres Beirats. Mitglieder und Förderer verfolgen die

Arbeit der Stiftung kontinuierlicher. Für sie alle wurde das Redaktionssystem flexibilisiert, damit wir noch aktueller über unsere laufenden Projekte berichten können.

Ein Besuch auf unseren neuen Seiten lohnt sich also immer wieder.



Neues Outfit: Die Internet-Seiten der Stiftung Marktwirtschaft.

Seitenblick**Financial Times Deutschland:
Marx spukt weiter**

Am 12. Mai 2003 wurde Dr. Lüder Gerken für die Kolumne „Der Montagsökonom“ der Financial Times Deutschland befragt. Auf die Frage, welcher Ökonom ihn am meisten beeindruckt habe, nannte er Karl Marx: „Keiner hat es wie er geschafft, eine falsche Theorie so zu formulieren, daß wesentliche Teile auch heute noch in vielen Köpfen subtil herumspuken - mit desaströsen Folgen für die Reformfähigkeit unseres Landes.“

**Focus MONEY:
Die fünf wichtigsten
Reforminitiativen**

Zu den fünf wichtigsten Reforminitiativen in Deutschland zählte Focus MONEY die Stiftung Marktwirtschaft. Als Ziel der Stiftung nannte der Beitrag von Catrin Gesellensetter und Axel Hartmann die „Entwicklung zukunftsweisender marktwirtschaftlicher Konzepte und deren Verbreitung bei den Entscheidungsträgern in Politik und Gesellschaft.“ (Heft 24/2003)

**politik & kommunikation:
Willkommen im Club**

Willkommen im Club - unter diesem Motto hat die Zeitschrift politik & kommunikation 80 der wichtigsten Netzwerke und Salons aus Berlin vorgestellt, „in denen Macher aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die zukünftigen Ideen der Republik formen“. In diesem Zusammenhang wird auch die Stiftung Marktwirtschaft vorgestellt. (Ausgabe 06, Mai 2003)

**Buchveröffentlichung:
Doppelter
Föderalismus in Europa**

In der Reihe „Kollektive Entscheidungen, Wirtschaftspolitik und öffentliche Finanzen“ des Peter-Lang-Verlags, Frankfurt, hat Dr. Gerhard Schick, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Marktwirtschaft, seine Dissertationsschrift „Doppelter Föderalismus in Europa — eine verfassungsökonomische Untersuchung“ veröffentlicht.

Angela Merkel zu Gast

Angeregte Diskussion: Dr. Angela Merkel im Gespräch mit Dr. Lüder Gerken (links) und dem Kuratoriumsvorsitzenden Nikolaus Schweickart (rechts).

CDU-Chefin Dr. Angela Merkel war in diesem Jahr zu Gast bei der traditionellen Gremiensitzung der Stiftung Marktwirtschaft am 1. Mai im Schloßhotel Kronberg, die von Nikolaus Schweickart moderiert wurde.



Angela Merkel gab einen umfassenden Überblick über die schwierigen Herausforderungen, denen sich Deutschland derzeit gegenüber sieht. Die Politik stehe vor dem doppelten Problem, die richtigen Lösungen zu entwickeln und zudem Mehrheiten für diese zu finden. Gleichzeitig werde der Zeitraum, in dem eine Politikmaßnahme aus Sicht der Bürger zu Erfolgen führen muß, immer kürzer. Politik könne nur dann erfolgreich sein, wenn sie verlässlich sei. Die Regierungskoalition lasse dagegen gerade diese Verlässlichkeit vermissen.

Besonders drängend, so Merkel, seien die Probleme auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Hier gelte es, Leistungsanreize zu fördern und die Barrieren zwischen Arbeitslosigkeit und

Beschäftigung einzureißen, etwa durch den verstärkten Einsatz von Öffnungsklauseln in Tarifverträgen oder einer Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien bei der Aufnahme von Arbeit. Als weitere zentrale Forderungen nannte die CDU-Vorsitzende die Vereinfachung des Steuersystems, einen deutlichen Subventionsabbau sowie eine Föde-



ralismusreform, die insbesondere der Austrocknung der kommunalen Finanzen wirksam entgegentritt. Nach ihrem Vortrag stand Frau Merkel den Anwesenden noch für eine intensive und angeregte Diskussion zur Verfügung.



Interessierte Zuhörer: Zahlreiche Freunde und Unterstützer waren am 1. Mai dabei.

Neue Europa-Verfassung: Wer sichert die Subsidiarität?

Nach 16-monatiger Arbeit hat der Europäische Konvent einen Entwurf für eine europäische Verfassung vorgelegt. Bei den vorausgehenden Beratungen im Konvent standen vor allem zwei Fragen im Mittelpunkt: Wie kann eine weitere schleichende Verlagerung wichtiger Politikbereiche auf die europäische Ebene verhindert werden? Und: Wie kann die Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene effizienter und demokratischer werden?



Zweifelhafte Logik

Die Frage der Zentralisierungsgefahr will der Konventsentwurf beantworten, indem der Europäische Rat und der neue hauptamtliche Ratspräsident als institutionelle Gegenspieler von Kommission und Parlament etabliert werden. Sie sollen als Garanten der Subsidiarität fungieren. Dies ist zum einen eine zweifelhafte Logik. Denn der Rat hat alle bisherigen Zentralisierungsschritte innerhalb der Europäischen Union entweder selbst entschieden oder zumindest toleriert. Zum anderen wird dadurch hingenommen, daß die Entscheidungsfindung nicht wesentlich verbessert wird. Politische Tauschgeschäfte zwischen den Regierungen werden nach wie vor große Bedeutung in der Union behalten.

Das Demokratiedefizit der Union wird nicht wesentlich abgebaut, weil trotz der Stärkung des Parlaments die zentralen Entscheidungen auch künftig im Rat getroffen werden, der nur sehr indirekt von den Bürgern kontrolliert werden kann. Der Konventsentwurf ist

damit zwar eine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustand, er läßt aber in bezug auf beide zentralen Fragen eine überzeugende Antwort vermissen.

Gefahr des Zentralismus: Der Verfassungsvorschlag des Konvents wird dem Gesichtspunkt der Subsidiarität noch nicht ausreichend gerecht.

keit im Rat) möglich sein, Kompetenzen von der europäischen Ebene auf die nationale zurückzuverlagern. Wenn sie über diese Option verfügen, können sie sich bei tagespolitischen Entscheidungen zurückhalten und dem europäischen Parlament und der Kommission das Feld überlassen.

Unabhängige Rechtsprechung

Als drittes Element ist eine unabhängige Rechtsprechung für Fragen der Kompetenzverteilung erforderlich, die von der sonstigen Rechtsprechung getrennt ist. Neben dem Europäischen Gerichtshof, der – dies ist empirisch nachgewiesen – tendenziell zentralistisch orientiert ist, sollte ein weiterer Gerichtshof etabliert werden, der sich aus Mitgliedern der mitgliedstaatlichen Verfassungsgerichte zusammensetzt und ausschließlich für die Überwachung des Subsidiaritätsprinzips zuständig ist.

Wie aber müßte ein Verfassungsmodell aussehen, das sowohl effiziente, demokratisch legitimierte Entscheidungen ermöglicht als auch Zentralisierungstendenzen wirksam entgegenwirkt? Die Antwort hierauf enthält drei Elemente. Erstens bedarf es eines präzisen Kompetenzkataloges, der die Grenzen der Zuständigkeiten für die Europäische Union und ihre Organe exakt festlegt. Zweitens muß es den Mitgliedstaaten ohne kaum überwindbare Schwierigkeiten (Stichwort: Einstimmig-

Seitenblick

Frankfurter Allgemeine: **Gastkommentar zur Europa-Verfassung**

Für die Rubrik „Die Ordnung der Wirtschaft“ in der FAZ verfaßte Dr. Lüder Gerken einen Gastbeitrag zur Frage der Subsidiarität in der europäischen Verfassungsdebatte. Seine Kernaussagen: Die Kompetenzen der Union und ihrer Organe müssen erstens exakt festgelegt werden. Zweitens benötigen die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, diese auf ihre Ebene zurückzuverlagern. Drittens ist eine unabhängige Rechtsprechung für Fragen der Kompetenzverteilung erforderlich (14. Juni 2003).

Frankfurter Allgemeine: **Der Zentralisierung Einhalt gebieten**

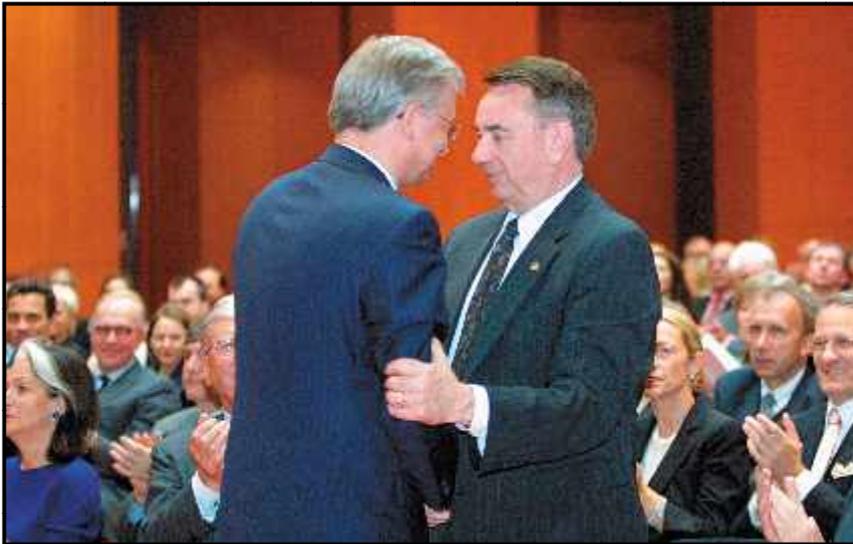
Ein Beitrag von Dr. Karen Horn vom 11. Juni 2003 beschäftigte sich mit der Arbeit der European Constitutional Group, deren Mitglied Dr. Lüder Gerken ist. Unter dem Titel „Wissenschaftler wollen Zentralisierung Einhalt gebieten“ berichtet sie über den Gegenentwurf der Gruppe zur europäischen Verfassung.

Darin gehe es vor allem darum, den Zentralisierungstendenzen in der Europäischen Union Einhalt zu gebieten. Absoluten Vorrang besäßen Schutz und Sicherung der Grundprinzipien der Marktwirtschaft, die Unterbindung einer eigenen Steuerhoheit der Union, die Aufrechterhaltung des Systemwettbewerbs und die Stärkung direktdemokratischer Elemente.

Tagesspiegel: **Eigennutz nutzt allen**

In einem Kurzinterview zur Wirtschaftsethik wies Lüder Gerken auf die Vorteile einer Marktwirtschaft hin, die sich auf klare Regeln wie das Eigentumsrecht stützt. (Tagesspiegel vom 20. April 2003)

Symbol für Freiheit und Eigenverantwortung



Gute Freunde: Der hessische Ministerpräsident Roland Koch hielt eine sehr persönliche Laudatio auf US-Gesundheitsminister Tommy G. Thompson.

Seitenblick

Handelsblatt:

Auch Clement zitiert Tommy G. Thompson

Donata Riedel berichtete in ihrem Artikel vom 26. Mai 2003 ausführlich über die Wolfram-Engels-Preisverleihung. Unter anderem stellte sie fest, daß auch Wirtschaftsminister Clement sich auf „Wisconsin Works“ berufe, wenn er von „Fördern und Fordern“ spreche.

Tagesspiegel:

Diskussionsgrundlage

Als „radikales Konzept“ bezeichnete Alexander Visser in seinem Artikel über die Verleihung des Wolfram-Engels-Preises die Initiative „Wisconsin Works“ und stellte fest, das Modell sei eine gute Grundlage für die deutsche Reformdiskussion: „Um Zumutbarkeitsgrenzen wird schließlich auch in Deutschland gerungen.“ (24. Mai 2003)

Offenbach-Post:

Besuch in Berlin

Weil eine Offenbacher Schule mit Wisconsin kooperiert, reiste deren Schulleiter und seine Gäste aus den USA zur Preisverleihung nach Berlin. Darüber berichtete die Offenbach-Post am 28. Mai 2003.

Direkt neben dem Brandenburger Tor, im eindrucksvollen Forum der DZ-Bank, fand die diesjährige Verleihung des Wolfram-Engels-Preises „Mensch und Markt“ statt. Diesen vergeben die Kölner informedia-Stiftung und die Stiftung Marktwirtschaft gemeinsam. 180 Gäste erlebten am 23. Mai den Preisträger Tommy G. Thompson mitreißend und hautnah.

Ausgezeichnet wurde Thompson für sein Reformprojekt „Wisconsin Works“, welches er als Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates ins Leben gerufen hat. Das Programm verknüpft den Bezug von sozialen Leistungen mit einer Pflicht zur Arbeit. Zugleich werden die Arbeitssuchenden auf vielfältige Weise gefördert. Innerhalb weniger Jahre gelang es so, die Zahl der Sozialhilfeempfänger um 90 % zu reduzieren.

Prof. Dr. Theo Siegert, Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Marktwirtschaft und Mitglied des Kuratoriums der informedia-Stiftung, würdigte in seiner Begrüßungsrede die Bedeu-



tung des Programms „Wisconsin Works“ und dessen Erfolg.

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch machte in einer sehr persönlichen Laudatio deutlich, daß eine solche Reform nicht nur der Allgemeinheit, sondern auch den Betroffenen dient: „Eine marktwirtschaftliche Ordnung muß sich daran orientieren, den einzelnen im Rahmen seiner Möglichkeiten zu fördern und zu fordern. Jedem sollen auf dem Gebiet Bildung, Gesundheit und Arbeit die besten Chancen geboten werden. Dies ist eine Herausforderung an den Staat.“ Sichtlich bewegt nahm Secretary Thompson die Preisurkunde von Prof. Dr. h.c. mult. Roland Berger, dem Vorsitzenden der Jury des Wolfram-Engels-Preises, entgegen. In seiner Dankesrede führte er aus: „We believe in the innate dignity of man and we believe that, given a chance to be industrious, self-sufficient, and self-respecting, people will seize it.“ Der Kern seines Programms sei langfristige, nachhaltige



und lohnende Arbeit. Wenn man jemanden aus Armut und Abhängigkeit befreien wolle, müsse man ihm den Weg ins Berufsleben ebnen.

Diesen Gedanken nahm Dr. Rainer Hildmann, Vorsitzender des Kuratoriums der informedia-Stiftung und Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Marktwirtschaft, in seiner Abschlusßrede auf und unterstrich die große Bedeutung von „Wisconsin Works“ für die aktuelle Diskussion in Deutschland.

Anschließend hatten die Gäste die Gelegenheit, in ungezwungener Atmosphäre mit Secretary Thompson persönlich zu sprechen und mit ihm darüber zu diskutieren, wie das Programm „Wisconsin Works“ auf die Bundesrepublik übertragen werden könnte.



Diskussion: Junge Bundestagsabgeordnete sprachen mit Experten aus der Wissenschaft über die Zukunft des Gesundheitssystems.

Eigenverantwortung und Wettbewerb im deutschen Gesundheitswesen

Die Gesundheitspolitik steht derzeit mit an erster Stelle auf der politischen Agenda. Der drohende Anstieg des durchschnittlichen Beitragssatzes in der Gesetzlichen Krankenversicherung auf über 15 % zwingt die Politik zum Handeln. Die von der Politik derzeit diskutierten Reformschritte bleiben jedoch weit hinter dem zurück, was notwendig wäre, um das deutsche Gesundheitswesen auf eine dauerhaft tragfähige Grundlage zu stellen. Zwar stellen einzelne Ansätze, die intransparenten und verkrusteten Strukturen im Gesundheitswesen aufzubrechen, Schritte in die richtige Richtung dar – etwa die Abschaffung des Vertragsmonopols der Kassenärztlichen Vereinigungen. Ausreichend sind sie aber bei weitem nicht.

Zukunftsfähig – und damit letztlich auch solidarisch – kann das Gesundheitssystem nur werden, wenn es insgesamt stärker an den Grundprinzipien Eigenverantwortung und Wettbewerb ausgerichtet wird: Dies war der übereinstimmende Grundkonsens namhafter Gesundheitsökonomien, die am 21. Mai 2003 auf Einladung der Stiftung Marktwirtschaft im Rahmen einer Tagung in Berlin über Reformmöglichkeiten des deutschen Gesundheitssystems diskutierten.

Im Zentrum der Betrachtung standen vor allem Möglichkeiten für einen grundlegenden Systemwechsel auf der Finanzierungsseite. Denn das gegenwärtige System lohnbezogener Beiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung beinhaltet nicht nur vielfältige Ungerechtigkeiten, es ist vor

allem auch allokativ ineffizient, beschäftigungsfeindlich und der demographischen Entwicklung nicht gewachsen. Diskutiert wurden primär zwei dem jetzigen System überlegene Konzepte: die von der Rürup-Kommission als eine Alternative vorgeschlagenen Kopfprämien und das vom Kronberger Kreis entwickelte Konzept risikoäquivalenter Versicherungsprämien in Verbindung mit übertragbaren individuellen Altersrückstellungen. Bei beiden Modellen würden die Umverteilungsziele außerhalb des Gesundheitssystems verfolgt, was eine deutliche Effizienzverbesserung im Vergleich zum Status quo bedeuten würde. Der vom Kronberger Kreis vorgeschlagene Einstieg in das Kapitaldeckungsverfahren wäre darüber hinaus langfristig ein wichtiger Schritt zu mehr Generationengerechtigkeit im Gesundheitswesen. Mit übertragbaren individuellen Altersrückstellungen ließe sich auch in diesem Modell der Wettbewerb zwischen den Krankenversicherungen wesentlich intensivieren.

Das Demographieproblem stand im Mittelpunkt der abschließenden Podiumsdiskussion mit jungen Gesundheitspolitikern des Deutschen Bundestages. Dabei war zumindest teilweise eine Reformbereitschaft zu erkennen, die über die gegenwärtige öffentliche politische Diskussion hinausgeht. Dennoch wurde deutlich: Die Wissenschaft muß noch erhebliche Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit leisten, bis die ganze Tragweite der Problematik in der Öffentlichkeit und der Politik angekommen ist.



Seitenblick

Frankfurter Allgemeine: **Gesundheit gedeiht besser im Wettbewerb**

„Eine Reform des Gesundheitswesens nach den Prinzipien des Markts, der Eigenverantwortung und des Wettbewerbs verlangen die der Stiftung Marktwirtschaft angeschlossenen Wirtschaftswissenschaftler des Kronberger Kreises“, schrieb Andreas Mihm in seinem Artikel vom 23. Mai zur Gesundheitstagung der Stiftung.

Berliner Zentrum Public Health: **Reformvorschläge zur Krankenversorgung**

Das Modell des Kronberger Kreises wurde erwähnt in der Veröffentlichung: „Reformvorschläge zur Finanzierung der Krankenversorgung in Deutschland“ des „Berliner Zentrum Public Health“ an der TU Berlin.

Die unglaubliche Geschichte

Wie der Bremische Senator für Wirtschaft und Häfen mitteilt, engagiert sich die EU finanziell unter anderem in dem Ortsteil Bremen-Hemelingen. Es gehe „um eine umfassende Förderung der ausgewählten Gebiete“ durch Gelder aus Brüssel: „neben klassischer infrastruktureller Förderung sind auch Projekte mit eher kulturellem, integrativen Charakter möglich. Für Hemelingen wurde das Ziel formuliert, ein neues lokales Zentrum zu bilden. Beabsichtigt sind eine Verbesserung der Wohn-, Arbeits- und Aufenthaltsmöglichkeiten, um die Identifikation der Bürger mit ihrem Stadtteil zu erhöhen.“

Fazit: Im Zeichen wohlverstandenener Subsidiarität kümmert sich die EU auch um die Ortsteile deutscher Städte.

Komito... wie bitte?

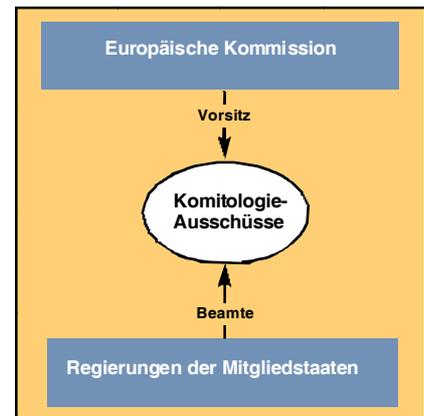
Auf Anregung der Politik erarbeitet die Stiftung eine Expertise zu EU-Entscheidungsstrukturen

Die Schuld an der übergroßen Regeldichte in Europa wird häufig der „Brüsseler Bürokratie“ gegeben. Tatsächlich entsteht jedoch ein Großteil dessen, was als europäische Politik wahrgenommen wird, weder in den europäischen Gesetzgebungsorganen Rat und Parlament noch in der europäischen Kommission, die im Vergleich zu den Bürokratien der Mitgliedstaaten relativ klein ist. Ursprung eines Großteils der europäischen Normen sind vielmehr Ausschüsse (französisch: Comités), die sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzen und dafür zuständig sind, Durchführungsverordnungen zu allgemeinen europäischen Normen zu verabschieden. In diesen Verordnungen werden z.B. die technischen Konkretisierungen allgemeiner Rechtsbegriffe vorgenommen, die bis ins Detail regeln, wie ein bestimmtes Produkt in Europa beschaffen sein muß, oder einzelne Anwendungsfälle geklärt wie unlängst das Exportverbot für britisches Rindfleisch. Die Mitgliedstaaten sind für die Regeldichte in der Union, die sie teilweise heftig beklagen, daher zumindest mit verantwortlich.

Daß dies in der Regel nicht bekannt ist, liegt an der Intransparenz des

Ausschußwesens (Komitologie). Weder ist für Außenstehende nachvollziehbar, inwieweit für die Durchführungsverordnungen die europäische Ebene und inwieweit die mitgliedstaatliche Ebene verantwortlich ist, noch läßt sich die Arbeit der mitgliedstaatlichen Experten in den Ausschüssen vom europäischen Parlament oder von den Parlamenten der Mitgliedstaaten kontrollieren. Hinzu kommt, daß verschiedene Komitologie-Verfahren bestehen, die den Ausschüssen unterschiedliche Kompetenzen zuweisen. Das Komitologie-Verfahren ist aufgrund dieser Mängel stark umstritten. Während die Gegner es als eine der Ausprägungen des europäischen Demokratiedefizits wahrnehmen und deshalb im Extremfall sogar abschaffen wollen, betonen seine Befürworter, wie wichtig die Einbeziehung der mitgliedstaatlichen Experten in die Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene sei. Einig sind sich Befürworter wie Gegner der Komitologie, daß sie erhebliche Bedeutung für die Europäische Union hat.

Die These der Stiftung Marktwirtschaft, daß die Komitologie eine wichtige Ursache für Bürokratie und Überregu-



lierung in der Europäischen Union darstelle und dringend reformbedürftig sei, stieß im Rahmen verschiedener Expertengespräche zur künftigen Verfassung der EU und zum Bürokratieabbau auf großes Interesse. Um der Nachfrage der Politik nach konkret umsetzbaren Reformschritten gerecht zu werden, erarbeitet die Stiftung derzeit eine Kurzexpertise zur Komitologie.

Redaktion:

Stiftung Marktwirtschaft
 Charlottenstr. 60
 10117 Berlin
 verantwortlich: Dr. habil.
 Lüder Gerken, Vorstand
 Tel.: (030) 206057-0
 Fax: (030) 206057-57
www.stiftung-marktwirtschaft.de
info@stiftung-marktwirtschaft.de

Von der Arbeitsmarkt- zur Beschäftigungspolitik

Die Wende am Arbeitsmarkt läßt weiter auf sich warten. Statt des erhofften Rückgangs der Arbeitslosenzahlen wird darüber spekuliert, ob wir Ende des Jahres die 5-Millionen-Grenze überschreiten. Die ursprüngliche Hoffnung der Hartz-Kommission, die Ar-

beitslosenzahlen innerhalb weniger Jahre um bis zu 2 Millionen zu verringern, halten inzwischen auch Optimisten für unrealistisch, selbst wenn die Konjunktur wieder anspringen sollte. Immer deutlicher wird, daß die bisherigen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen nur der Anfang sein können.

Vor den nächsten Schritten ist jedoch eine Bewertung der bisherigen Arbeitsmarkt-reformen angezeigt. Weisen sie in die richtige Richtung, so daß ihre Forcierung Erfolg verspricht? Oder ist statt dessen ein grundsätzliches Umsteuern hin zu alternativen Ansätzen notwendig? Diesen Fragen wird die Stiftung Marktwirtschaft am 17. Juli, also etwa ein Jahr nach Vorlage des Hartz-Berichts, auf einer Tagung in München nachgehen, die sie gemein-

sam mit der Hanns-Seidel-Stiftung ausrichtet. Die Hartz-Kommission baut in ihrem Konzept vor allem auf eine Verringerung der Schattenwirtschaft zu Gunsten legaler Beschäftigung und auf eine effizientere Vermittlung von Arbeitslosen durch die Bundesanstalt für Arbeit. Ob und inwieweit die auf den Bericht der Hartz-Kommission zurückgehenden neuen arbeitsmarktpolitischen Instrumente – etwa Ich-AGs, Minijobs und Zeitarbeit – und die institutionellen Neuerungen bei der Bundesanstalt für Arbeit diese Ziele erfüllen, werden Arbeitsmarktexperten aus Wissenschaft, Politik und Praxis auf dieser Tagung kritisch analysieren. Aufbauend auf dieser Analyse sollen Anforderungen an eine umfassendere beschäftigungspolitische Strategie formuliert werden.

Seitenblick

Frankfurter Allgemeine: Weniger ABM-Stellen

„In der Arbeitsmarktpolitik zeichnet sich eine Strukturverschiebung ab“, zitierte die FAZ am 6. Juni Dr. Guido Raddatz, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Marktwirtschaft. Trotzdem, so Raddatz, sei das Ausmaß der „künstlichen Beschäftigung“ z.B. in ABM aber immer noch zu hoch.